Nr. 20 Dezember 2017

GEW aktiv

Informationen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Marburg - Biedenkopf

A13 FÜR ALLE

120 Lehrerinnen und Lehrer forderten auf den Marktplatz und bei einem Protestzug durch die Marburger Oberstadt die Gleichbehandlung aller Lehrkräfte.

Auftaktkundgebung auf dem Marktplatz.

Noch immer erhalten Lehrkräfte an Grundschulen trotz gleicher Ausbildungsdauer wie zum Beispiel Lehrkräfte an Haupt- und Realschulen eine ganze Gehaltsstufe weniger Gehalt. Würden sie bei der Bezahlung gleich behandelt und auch nach A13 besoldet, hätten sie bereits Mitte November das gesamte Jahresgehalt einer A12-Stelle erhalten und nicht erst am Jahresende. Darüber hinaus haben hessische Grundschullehrkräfte bundesweit die höchste Unterrichtsverpflichtung.

Die Aufwertung von A 12 nach A 13 ist schon deshalb dringend geboten, um dem Mangel an Grundschullehrkräften in Hessen zu begegnen. Es geht darum, junge Menschen dafür zu werben, ein Studium als Grundschullehrkraft überhaupt noch zu beginnen. Berlin und Brandenburg haben die gleiche Bezahlung der voll ausgebildeten Lehrkräfte aller Schulformen (mit einigen Einschränkungen) bereits umgesetzt. Auch in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung jetzt A13 für alle Lehrkräfte an Grund- und Sek-I-Schulen angekündigt.

Der Protestzug zog singend durch die Wettergasse …

…und den Steinweg.

In diesem Jahr kamen 120 Grundschulkolleginnen und -kollegen zum nunmehr 3. Aktionstag zum „1. Tag der unbezahlten Arbeit – A 13 für alle!“auf dem Marktplatz in Marburg zusammen, um ihre berechtigten Forderungen erneut in die Öffentlichkeit zu tragen und darauf hinzuweisen, dass die Arbeit von Grundschullehrkräften ebenso wertvoll ist wie die der Lehrkräfte anderer Schularten.

Joana Becker und Marylin Prange auf der LDV in Bad Soden im Taunus.

Marylin Prange vom Kreisverband Marburg-Biedenkopf hatte eigens für diesen Anlass den Song „Drum auf!“ komponiert und getextet, der nicht nur in Marburg, sondern hessenweit bei verschiedenen A13-Aktionen angestimmt wurde. Am 03. November 2017 hatten sie und Joana Becker das Protestlied auf der LDV der GEW in Bad Soden mit 300 Delegierten aus allen Teilen Hessens eingeübt.

Gemeinsam zogen die 120 Lehrerinnen und Lehrer, immer wieder das Protestlied singend, durch die Marburger Oberstadt und den Steinweg bis zum Staatlichen Schulamt in der Robert-Koch-Straße, wo sie das Lied zum Abschluss noch einmal gemeinsam sangen.

Vor dem Staatlichen Schulamt …

… stimmte man noch einmal gemeinsam „Drum auf!“ an.

Die Lehrkräfte forderten **„A13 für alle“**, denn die aktuell bestehenden Unterschiede

- sind frauenfeindlich, weil der Frauenanteil in den Grundschulkollegien am höchsten im Vergleich zu allen anderen Lehrämtern ist,
- berücksichtigen nicht die gestiegenen Anforderungen z. B. bei der Umsetzung inklusiver Beschulung,
- machen das Alter der Schülerinnen und Schüler zum Maßstab der Bezahlung, statt die Belastung und Qualifikation, die der Beruf erfordert, in den Mittelpunkt zu stellen und
- sorgen dafür, dass in Hessen inzwischen ein Mangel an Grundschullehrkräften besteht.

Hille Kopp-Ruthner

Antikriegstag 2017 Antimilitaristisches Projekt 2018

Entspannt bei gutem Wetter …

Mit Bildern vom Marburger Friedensforum

… und anregenden Gesprächen

Nicht nur für vernünftige Arbeitsplatzbedingungen und gute Bildung nützen starke Gewerkschaften. Auch um Verhältnisse zu verwirklichen, in denen nicht Krieg und Aggression das Leben bestimmen. Zum Selbstverständnis der hessischen GEW gehört daher ausdrücklich die Bereitschaft, Aktionen der Friedensbewegung mitzutragen; weniger selbstverständlich ist es, dafür selbst Engagement einzubringen. Der Friedensherbst in Marburg kann hier Mut machen.

In den jährlichen Aktionen zu Ostern (‚Osterspaziergänge') und in den ‚Antikriegsveranstaltungen' zum 1. September (Jahrestag des Überfalls der NS-Wehrmacht auf Polen) hat sich in Marburg eine stetige Zusammenarbeit entwickelt: Friedensbewegte Menschen aus unterschiedlichen Bereichen – z. B. Gewerkschaften, Naturfreunden, Attac, dem Weltladen, alternativen Kulturprojekten, Wissenschaftler_innen, Linken und den christlichen Kirchen – tauschen sich aus und planen gemeinsam. Diese Zusammenarbeit im friedenspolitischen

Fortsetzung nächste Seite

***Der Marburger Friedensinitiative Nein zum Krieg gehören u.a. an: Marburger Friedensforum, DGB, GEW, Marburger Wissenschaftler_innen für Friedens- und Abrüstungsforschung, ATTAC, DFG –VK, Pax Christi, VVN/BdA ...**

Das Bündnis (gemäß Grundkonsens, vereinbart im Dez. 2000)

- tritt ein für vollständige Abrüstung und Stopp der Rüstungsexporte,
- lehnt jegliche militärische Intervention ab,
- fordert dazu auf, gewaltfrei Konfliktursachen zu beseitigen und bestehende Konflikte zu lösen,
- setzt sich mit sicherheitspolitischen Diskussionen auseinander,
- versucht, Rechtfertigungsargumente für Kriege zu analysieren und macht Propaganda als solche deutlich,
- sucht den Erfahrungsaustausch und die Kooperation mit antimilitärischen und Friedensbewegungen in anderen Städten,
- fordert das Asylrecht für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure ...

Geistiges und leibliches Wohl.

Grundkonsens (die Plattform dafür wurde im Jahr 2000 gemeinsam erarbeitet) ist für uns Methode und Ziel zugleich.

Zum 1. September gab es diesmal gleich mehrere ‚Highlights':

- ein Friedensforum an der ehrwürdigen Lutherischen Pfarrkirche in Marburg,
- Flüchtlingssolidarität und Gegenprogramm zur AfD im Bürgerhaus Kirchhain und anderntags
- das Friedensoratorium ‚Canto General' von Mikis Theodorakis mit Texten von Pablo Neruda in einer Darbietung der Gruppe Quijote.

Zur Aufführung ins Bürgerhaus Cappel kamen mehr als 200 Besucher_innen.

In der Einladung zum Marburger Friedensforum hieß es:

„Krieg, Armut, Verzweiflung, Flucht – die Politik braucht Nachhilfe! Wir verlangen eine aktive Friedenspolitik! Weltweiter Kampf um Ressourcen, Militäreinsätze und Rüstungsgeschäfte stehen dem Frieden im Weg. Wer zulässt, dass die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen zerstört werden, ist für das Flüchtlingselend mitverantwortlich. Nötig sind

Markt der Möglichkeiten.

Wirtschaftsbeziehungen zu fairen Bedingungen und eine Entwicklungspolitik, die den Namen verdient."

Angenehmes Wetter, die Gastfreundschaft des Pfarrers Biskamp und eine entspannte Atmosphäre empfingen die Besucher_innen des Pfarrhofes. In einer spannenden Diskussion (Moderation: Dekan Burkhard zur Nieden) analysierten dann die Konfliktforscher Johannes M. Becker und Melanie Hartmann sowie der katholische Theologe Franz Segbers Ursachen der aktuellen Konflikte und diskutierten Lösungsansätze. Ein ‚Markt der Möglichkeiten' half den beteiligten Organisationen, Einblick in ihre Arbeit zu geben. Musik (Jochen Schäfer: Friedenslieder), die biografische Lesung eines jungen Flüchtlings, Kaffee und Kuchen, eine Videoinstallation, sowie abschließend ein Friedensgebet vervollständigten den Nachmittag. Der Erfolg der Veranstaltung hat alle ermutigt, im nächsten Jahr ein zweites solches Forum zu organisieren. Die Vorbereitungen laufen.

Marburger Weltladen.

Podiumsdiskussion.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt wird 2018 die Auseinandersetzung mit der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft sein. Die Rolle der Bundeswehr in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch das Auftreten der Nachwuchs-Werber in den Schulen, sollen in wissenschaftlich fundierten Veranstaltungen analysiert werden. Dafür suchen wir die Zusammenarbeit, speziell auch mit Lehrer_innen und mit Schülervertreter_innen.

Der Akzeptanz militärischer anstatt politischer Lösungsansätze wollen wir entgegentreten:

- der Alternativlosigkeit von Rüstungsproduktion und -Exporten,
- der geplanten Erhöhung der Rüstungsausgaben,
- der Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden,
- der Fortsetzung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Auch die Aktion ‚Gelbe Schleifen', mit der die Bundeswehr gegenwärtig unsere Kommunen traktieren lässt, um in der Bevölkerung Zustimmung für „die Truppe" (bei uns: das Treiben der Division Schnelle Kräfte) zu organisieren, wollen wir nicht hinnehmen.

Aktuell fordert ein Beschluss der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Kreis Marburg-Biedenkopf 2017 alle Einzelgewerkschaften auf, „einmal jährlich, z. B. im Rahmen der DGB-Friedensveranstaltungen, über ihren jeweiligen Beitrag zur Friedensarbeit zu berichten".

Wenn die GEW Marburg ihr friedenspolitisches Engagement verstärkt, ist sie also in guter Gesellschaft. Und wird ein gutes Vorbild sein.

Wir sind gespannt und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Einen Überblick über unsere Arbeit (seit 2014) zeigt die Zusammenstellung im Kasten.

Ralf Schrader
für den friedenspolitischen Gesprächskreis des DGB und das Bündnis Nein zum Krieg

Fotos vom Marburger Friedensforum: Rolf Küpper

Direkter Kontakt: Ulf.Immelt@dgb.de oder schrader.marburg@t-online.de

Themen / Aktionen / Veranstaltungen

Organisation von Veranstaltungen zum jährlichen Antikriegstag / 1. September
Kriegerdenkmal in Bortshausen und militaristische Umtriebe
100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg: Lehren vergessen?
Neue militärische Rolle der BRD: einsatzbereit jederzeit weltweit
Flüchtlinge, vor den Kriegen Geflohene und ihre Unterstützung in Marburg-Biedenkopf
Deutschland 1945: Befreiung in Bildern und Zeitzeugenberichten
Stadtspaziergang zu den Gräbern von Opfern von Gewalt und Krieg (Friedhof Ockershausen)
Militarisierung und das Vordringen der Bundeswehr in die Alltagskultur
Neue Kriegsgefahr in Europa: die Ukraine wird gegen Russland positioniert
Mahnwachen gegen den Einsatz von deutschem Militär im Syrien-Krieg
Waffenexporte aus Deutschland: Heckler u. Koch & Co
Beteiligung an den Ostermärschen (‚Osterspaziergang' in Marburg)
Erinnerungskultur: Installation zum Gedenken an die Opfer der Marburger Jäger
Kulturveranstaltung zu Griechenlands leidvoller Vergangenheit und Gegenwart
Einbringen der friedenspolitischen Forderungen in die Arbeit der Gewerkschaften
Gesprächsforum für friedensbewegte Menschen und Personengruppen

Reinhold Hünlich (Attac).

Lohn- und Gehaltspolitik der GEW: Eine Wende muss her!

Vor 3 Monaten traf ich einen 86-jährigen Mann in Bellnhausen, der mir etwas aus seinem Berufs- und Gewerkschaftsleben erzählte:

Er sei Anfang der 80er Jahre (bei Buderus in Lollar beschäftigt) aus der IG-Metall ausgetreten, weil er die Lohnpolitik der Gewerkschaft in Form von prozentualen Lohnforderungen ablehnte.

Dies hat mich länger beschäftigt und berührt auch grundlegende Entwicklungen unserer Gesellschaft (fast schon seit Jahrzehnten):

- Vielfach wird die ständig wachsende Schere zwischen ‚arm' und ‚reich' in den Medien erwähnt (und auch statistisch von Instituten belegt); damit ist nicht nur die Schere beim Vermögen, sondern auch bei den Löhnen gemeint.
- Zwar tragen die Gewerkschaften nicht die Verantwortung für die Entstehung des Billiglohnsektors, aber auch sie haben zur Spreizung zwischen unteren und oberen Lohngruppen beigetragen: soweit ich zurückdenken kann, haben die meisten Gewerkschaften überwiegend ihre Forderungen und dann auch die erzielten Tarifergebnisse in Form von Prozenten gestellt und abgeschlossen. Sicherlich gab es in einigen Fällen Fest- oder Sockelbeträge für Erhöhungen im unteren Bereich oder für Azubis, die den Abstand zwischen ‚oben' und ‚unten' abmilderten, aber generell hat die langjährige %-Praxis zu einer Vergrößerung des Abstandes zwischen unteren und oberen Lohngruppen geführt.

Dazu ein kleines mathematisches Beispiel:

Nehmen wir im Jahr 1990 einen Lohnempfänger mit 1.500 € und einen mit 3.000 €. Bei – auch real nachweisbaren – Lohnerhöhungen von 50% landet der erste 2017 bei 2.250 € und der andere bei 4.500 €, ihr Abstand (1990: 1.500 €) hat sich auf 2.250 € erhöht. Noch krasser ist die Situation bei Menschen mit noch niedrigeren Löhnen. Meine Friseurin sagte mir, dass sie 1.300 € netto bei Vollzeitarbeit verdient – sie ist um die 60 Jahre alt (!) – ... nur ein Beispiel von Tausenden.

Geschehene Entwicklungen lassen sich nicht rückgängig machen, aber es wäre möglich, den geschaffenen Abstand zwischen ‚oben' und ‚unten' nicht noch weiter zu vergrößern. Dies ginge nur dadurch, dass unsere Gewerkschaft in Zukunft Festbeträge (z.B. eine Erhöhung um 300 € für alle Beschäftigten) fordert und durchsetzt. Damit würden natürlich untere Lohngruppen prozentual mehr und obere weniger erhalten, aber beide hätten beim ‚Brutto' das gleiche ‚Mehr' auf dem Gehaltsstreifen.

Es sollte ein Ruck durch die GEW (und natürlich auch durch die anderen Gewerkschaften des DGB) gehen, vor allem die Mitglieder der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen müssten diese Forderung unterstützen.

Die Schulgruppe der Kaufmännischen Schulen Marburg hat einen Anfang gemacht und folgenden Beschluss zur Weiterleitung an den Kreisvorstand gefasst:

Die GEW soll zukünftig auf Lohn- und Gehaltsforderungen in Form von prozentualen Forderungen weitgehend verzichten und überwiegend Forderungen in Festgeldbeträgen stellen, die für alle betreffenden Lohngruppen möglichst gleich sein sollen.

Martin Bumann (Lehrer an der KSM)

Direkter Draht zu den Mitgliedern der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat:

Becker, Joana	joanabecker83@googlemail.com
Denig, Katharina	k.denig@gmx.de
Hienz, Vera	v.hienz@web.de
Hüppner, Heike	h.hueppner@freenet.de
Kopp-Ruthner, Hille (Vorsitzende)	hille.kopp@gmx.de
Kuhnt, Denise (stv. Vorsitzende)	denisekuhnt@web.de
Lange, Uwe	u.lange@bs-biedenkopf.de
Prange, Marylin	marylotta@web.de
Soika, Michael	misoma@posteo.de
Steinert, Timo	TimoSteinert@t-online.de
Widdascheck, Frauke	widdascheck@richtsbergschule.de
Hopf, Sven (Gewerkschaftsbeauftragter und Nachrücker)	Sven.Hopf@caverty.net
John-Flöter, Sigrid (Gewerkschaftsbeauftragte und Nachrückerin)	john-floeter@web.de

Kontakt zum Gesamtpersonalrat:

Tel: 06421 616560, Fax: 06421 616542

e-mail: GPRLL.SSA.Marburg@kultus.hessen.de

GEW an der Uni: Wintersemester kann losgehen!

Mit Vorfreude blicken die aktiven GEW-Studis auf das neue Wintersemester an der Philipps-Universität. Neben neue aktuellen Flyern und Zeitschriften dienen vor allem die neuen sogenannten „Roll-Ups“ (siehe Foto) dazu, dass die Sichtbarkeit der GEW unter den Studierenden und studentischen wie wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen besser zur Geltung kommt. So werden die GEW-Studis am 21.November 2017 (Phil-fak) sowie am 23.Januar 2018 (Lahnberge) einen Infotisch organisieren. Mit großer Spannung werden drei Informations- und Diskussionsabende durchgeführt.

Zuerst wird **Andreas Kemper** zum Thema **„Klassismus an Hochschulen - werden Arbeiter*innenkinder diskriminiert?“** referieren.

„Klassismus“ meint klassenspezifische Diskriminierung, Unterdrückung, Ausbeutung und Marginalisierung. Der Begriff ist in Deutschland kaum verbreitet - dennoch wird regelmäßig vom Datenreport zur sozialen Lage oder von der Forschungsgruppe zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit eine klassenbezogene Diskriminierung festgestellt und auch die diversen Bildungsstudien belegen, dass soziale Herkunft ein wesentliches Diskriminierungsmerkmal ist.

Zeit & Ort: 23.11.2017, 20 Uhr, HSG 00/0080.

Das Highlight des Semesters findet am 07.Dezember statt: Zusammen mit dem KV Marburg-Biedenkopf zeigen wir im Cineplex den **Dokumentarfilm „Zwischen des Stühlen“**, welcher sich aus kritischer Perspektive mit der Referendariats-Zeit ausei-nandersetzt. In dem Film werden drei Referendar*innen auf ihrem steinigen Weg zum Examen begleitet. Der preisgekrönte Dokumentarfilm gibt einen einfühlsamen wie humorvollen Blick hinter die Kulissen des Systems Schule und wirft dabei nicht zuletzt die Frage auf, in was für eine Gesellschaft wir leben wollen. Besonders freut es uns, den Regisseur Jakob Schmidt gewonnen zu haben, der uns im Anschluss zu einer Diskussion zur Verfügung stehen wird. Eintritt frei, um Spenden wird gebeten

Zeit & Ort: 07.12.2017, 18 Uhr, Cineplex Saal 5.

Zu guter Letzt wird **Prof. Dr. Astrid Kaiser (Uni Oldenburg)** eine Lesung zu ihrem äußerst humorvoll geschriebenen Buch **„Reiseführer für die Unikarriere“** halten und die in der Hochschule versteckten Irrungen und Wirrungen aufdecken. Tobias Cepok von der GEW-Hessen wird dies mit Informationen zu Rechten und Pflichten von studentischen wie wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen unterstützen.

Zeit & Ort: 25.01.2018, 18 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben.

Da sich die Uni-Bürokratie mit der Bestätigung der Raumbuchungen Zeit lässt, kön-nen sich die Raumangaben u.U. noch ändern. Dies ist aber nur ein weiterer guter Grund, unsere Seite auf facebook (GEW-Studis Hessen) mit einem „like“ zu verse-hen, so unsere Reichweite zu erhöhen und selbst auf dem Laufenden zu bleiben ☺ Ansonsten empfiehlt sich ein Besuch auf unserer Website http://www.gew-hessen.de/bildung/hochschule/studierende/.

Bei Anmerkungen, Tipps, Einwände oder einfach nur Nachfragen freuen wir uns auf ihre Mail an Studierende-MR@gew-hessen.de.

Jonathan Schwarz

Rechtsberatung der GEW

Sprechzeiten in der GEW-Geschäftsstelle
Schwanallee 27 - 31

Rechtsberatung mit Doris Bunke
06427-2330, Nach Vereinbarung
Rechtsberatung mit Volrad Döhner
06421-84787, Termine nach Vereinbarung

...da mache ich mit!

O ich möchte mehr Informationen über die Arbeit der GEW!
O ich möchte den newsletter der GEW Marburg!
O ich mache mit! Ich möchte GEW-Mitglied werden!

Name: _____

Anschrift: _____

Schule _____

E-mail: _____

..... bitte ausschneiden und senden an:
GEW, Schwanallee 27, 35037 Marburg
oder mail an: gew.mr-bid@t-online.de

Kurz vor der Weihnachtszeit

GEW-Kreisverband ehrt langjährige Mitglieder

Uwe Lange führte als Moderator durch den Abend und stellte mit seiner Darbietung von Goethes „Der Zauberlehrling" sein schauspielerisches Talent unter Beweis.

Wie jedes Jahr hatte der GEW-Kreisverband Marburg-Biedenkopf auch in diesem Jahr im November wieder seine langjährigen Mitglieder zur Ehrung in die Räume am Schwanhof eingeladen.

„Wer kommt denn sonst noch?" war eine der meistgestellten Fragen bei telefonischen Anmeldungen. Und so war die Stimmung von Beginn an gut, denn man traf „alte" Bekannte, Freunde und Mitstreiter aus vielen früheren GEW-Aktionen.

„Spielt Rainer Husel wieder?" war eine ebenso häufig gestellte Frage, wenn sich Eingeladene telefonisch anmeldeten. Alle, einschließlich der Organisatoren der Veranstaltung, waren begeistert von Rainer Husels Darbietungen mit teilweise überraschender Liederauswahl aus den Jahren der Eintritte. Beim Marburger Kneipensong „Milli Vanilli" unterstützten ihn am Abend alle Anwesenden stimmgewaltig und ließen ihn nicht ohne Zugabe gehen.

Originelle Beiträge von Marianne Winter und Maria Jacobsohn erinnerten an Ereignisse aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben der Eintrittsjahre. So konnten sich zwar alle an die vom Vorjahr wiederholte Neujahrsansprache des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl erinnern, waren jedoch erstaunt, dass dies bereits 30 Jahre zurücklag.

Fotos: Erich Schumacher

Zum Abschluss der Ehrungen blickte Jochen Dietrich auf 60 Jahre Mitgliedschaft und zurückliegende bedeutsame Ereignisse zurück. Die GEW danke ihm für seine Treue als Mitglied; er danke seinerseits der GEW dafür, dass er von den Errungenschaften profitieren konnte und sich immer unterstützt fühlte.

Im Anschluss an den offiziellen Teil blieb bei Kanapees und einem Glas Wein ausreichend Gelegenheit zum Austausch über Erinnerungen und Neuigkeiten.

Hille Kopp-Ruthner

Die Jubilare:

25 Jahre Mitglied
Agnes Blöing, Susanne Branski, Karlheinz Debus, Katharina Denig, Andrea Fontaine, Ruth Hiller, Thomas Krane, Andreas Mainusch, Reiner Naumann, **Bernd Pfalzgraf, Timo Steinert,** Michael Vaupel, **Barbara Werner,** Sabine Wolf

30 Jahre Mitglied
Rosel Boebel, Gerlinde Boppert, Martin Gronau, **Eva Hahn,** Heike Herrmann-Hofstetter, Hanne Netsch, **Regina Schöpe-Hellwig,** Regina Schwarz, Katja Siebecke-Rekate, Heinz-Jürgen Voßmeier

35 Jahre Mitglied
Maria Andersch, **Johannes M. Becker, Hans-Werner Biehn,** Leonie Ensgraber, **Frank Gausmann,** Rainer Hermann, Elisabeth Hüttner, Ruth Kraft, Elke Leibnitz, **Salih Moza,** Marianne Rüger, Christa Schlosser-Osada, Ulrich Schmermund, Annet-te Schmidt, Renate Schorn, Urban Sersch, Bernd Stolte, Ulrike Töllner

40 Jahre Mitglied
Beate Blattert, **Marlies Brenner,** Bernd Geiler, Edeltraud Gembatzki, Reiner Haffer, Kay Hansen, **Peter Hatscher,** Maria Hessling-Beine, Gunter Hirt, Ellen Hoffmann-Reif, **Helmut Jäckel,** Wiltrud Lambinet-Potthoff, Klaus Peter Netsch, Josef Proksch, Wolfgang Reinert, Brigitte Romeister, Frank Rothenpieler, Gudrun Schaar, Christoph Schemm, Petra Schmidbauer, **Gudrun Scholz,** Christa Schönwetter, Hermann Schorge, Karin Schwalm, Rosemarie Wahlen, **Barbara Weisel, Ingeborg Werterbach,** Dieter Wolny, Elke Zettler

45 Jahre Mitglied
Charlotte Bernhard, Ute Bickel-von-Wangenheim, Reiner Boulnois, Monika Buchholz-Werner, Christiane Dietzel, **Helga Garscha, Hans-Werner Gerber, Gisela Hanefeld, Max Hansen,** Martin Hedderich, Ulrike Hick, **Rudolf Hopf, Gisela Hopf-Papke, Reinhold Jäger, Hans Junker, Ekkehard Kesting,** Heidi Kesting, Ingeborg Klug, Rainer Kreye, Ulrike Kreye, **Hartmut Lange,** Barbara Leiterer, Anneliese Luttropp, Dietlind Maier-Metz, **Dorothea Mannshardt,** Michael Motzer, **Hannelore Orbach,** Hermann Pappert, Volkmar Preisler, Waltraut Röder-Spangenberg, Kurt Rödiger, Irmela Rogausch-Geldbach, Margot Ruppert-Keck, **Ilse Seidel-Schmalenbach,** Ulrike Simon, Christa Statjeva, Heinz Stübig, Christine Timmermann, Kristin-Barbara Ulrich, Ludger Vogelbein, **Marianne Winter**

50 Jahre Mitglied
Horst Hankammer, Manfred Kionke, Christine Otto, Marga Souidi, **Barbara Weinandt**

55 Jahre Mitglied
Bernhard Debus, **Norbert Ebel,** Hans Faber, Peter Römer

60 Jahre Mitglied
Jochen Dietrich

Fahrt der Seniorinnen und Senioren des Altkreises Biedenkopf in den Odenwald

36 Kolleginnen und Kollegen konnten im September im Schloss Erbach sowohl Einblicke in die Gräflichen Sammlungen nehmen als auch im Deutschen Elfenbeinmuseum und in der dazugehörigen Schauwerkstatt Interessantes über Elfenbein und Mammut erfahren.

Im nahegelegenen Michelbach waren alle von der faszinierenden Altstadt rund um das Historische Rathaus beeindruckt.

Die Chance, wieder einmal gemeinsam etwas zu erleben und Zeit zu haben, miteinander zu sprechen, nahmen die Kolleginnen und Kollegen an diesem Tag sehr gerne wahr.

Doro Mannshardt

Veranstaltungshinweis

Filmvorführung mit anschließender Diskussion.
Der Regisseur Jakob Schmidt ist anwesend.

Veranstaltung der GEW-Studis Marburg, des GEW-Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf und des AStA Marburg

am 07.12.2017 um 18:00 Uhr
im Cineplex Marburg, Saal 5.

Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten.

Um in Deutschland Lehrkraft zu werden, muss nach dem theoriebeladenen Studium ordnungsgemäß das Referendariat absolviert werden. Eine Feuerprobe, welche die angehenden Lehrkräfte in eine widersprüchliche Position bringt: Sie lehren, während sie selbst noch lernen. Sie vergeben Noten, während sie ihrerseits benotet werden. Zwischen Problemschüler*innen, Elternabenden, Intrigen im Lehrkräftezimmer und Prüfungsängsten werden die Ideale der Anwärter*innen auf eine harte Probe gestellt.

ZWISCHEN DEN STÜHLEN begleitet drei von ihnen auf ihrem steinigen Weg zum Examen. Der mehrfach preisgekrönte Dokumentarfilm gibt einen einfühlsamen wie humorvollen Blick hinter die Kulissen des Systems Schule und wirft dabei nicht zuletzt die Frage auf, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen.

Einfluss der Medienunternehmen und Medien auf Schule und Lobbyismus an den Schulen

Bericht zum Vortrag des Kollegen René Scheppler (Gesamtschullehrer, der auch in der Landesfachgruppe aktiv ist, aus Wiesbaden) zum Auftakt der Klausurtagung des Kreisverbandes der GEW am 29./30.9.2017 in Gladenbach

Eingangs wies der Referent darauf hin, dass nach einem ersten Entwurf seitens der Landesverwaltung unter Einbeziehung der gewerkschaftlichen Position der öffentlichen Dienstgewerkschaften das Schulgesetz nach massiver Intervention der Wirtschaftslobby umgeschrieben worden sei, sodass zwar Werbung weiterhin verboten, Sponsoring hingegen erlaubt worden sei.

Ergebnis seiner jahrelangen Erfahrungen sei die Einsicht, dass Lobbyismus auf langfristige Beeinflussung von Einstellungen, Stimmungen oder Diskursen in der Gesellschaft zielt. Es geht seines Erachtens um Haltungen, an denen man gezielt arbeitet.

- Entrepreneurship sei ein modernes Konzept in dieser Richtung.
- Einfallstore für eine zunehmende Ökonomisierung der Bildung seien u.a. PISA, Wettbewerbe, Tests.
- 16 der 20 umsatzstärksten deutschen Unternehmen böten mittlerweile eigenes Unterrichtsmaterial an, wovon nur 1/3 brauchbar sei. 18% seien als mangelhaft (Evaluation durch Prof. Matthes, Augsburg) klassifiziert worden.

Man finde professionelle, entwickelte Netzwerkstrukturen vor, die auf Bildungskommunikation abzielen (Werbung ist nicht gern gesehen, sagt Capito.de) und sich im Rahmen von Gesamtmarketingstrategien bewegen, einer Melange aus Sponsoring, Marketing und Werbung.

Die Digitalisierung der Bildung folge einem System und Konzept der open educational resources – OER-Plattform. Im Unterschied zu festgelegten Verfahrensregeln und inhaltlichen Vorgaben für die Zulassung neuer Schulbücher unterliegen Unterrichtmateria-lien jedweder Art keiner kultusministeriellen Kontrolle.

René Scheppler weist darauf hin, dass der SPD-nahe thinktank D 64 2015 beschlossen habe, eine Platine bauen zu wollen, die in die Schule zu bringen sei. „Open Roberta“ sei das Programmierprogramm respektive die Oberfläche vom Fraunhofer-Institut, das in diesem Fall von google.org gesponsert werde. Die Platine sei auch schon von google.de gesponsert worden, das eigentliche Graswurzel-Projekt Caliope sei dabei von vornherein Bestandteil einer finanzstarken Unternehmensstrategie.

Microsoft habe eine ähnliche Strategie, stellt Scheppler fest, über Projekte zu direkten Kontakten zu Abgeordneten zu kommen, die über eine angetragene und übernommene Schirmherrschaft selbst zu begeisterten Anhängern dieses transnationalen Konzerns/TNC werden. Er habe festgestellt, dass BITCOM mit einer ähnlichen Strategie der Schirmherrschaftsübernahme durch Bundestags-Abgeordnete arbeitet.

Wie funktionieren Lobby-Materialien und was bewirken sie?

René Scheppler beantwortet diese Frage:

Sie füllen erkennbar Lücken der Lehrkräftenachfrage in der täglichen Praxis, wenn es um brauchbare Materialien geht.

Es stelle sich eine Grundsatzfrage, die innergewerkschaftlich sehr unterschiedlich betrachtet und beantwortet werde: Wie kann man die technische Entwicklung nutzen, ohne ihre gesellschaftlich negativen, antidemokratischen Effekte in Kauf zu nehmen. Die Fragen: Was wollen wir? Wie viel wollen wir? seien gesellschaftlich zu debattieren.

Der Mini-Computer „Calliope“ sei inzwischen im Saarland von der dortigen Landesregierung verbindlich in den 3. Klassen der Grundschulen eingeführt. Man habe einen Handschlag-Vertrag gemacht, hat René auf Nachfrage erfahren, im Rahmen dessen 500 Geräte an die Grundschulen des Saarlandes geliefert worden seien. Hier würden Lehrkräfte als Gatekeeper von Unternehmensinteressen ge/missbraucht, und es stelle sich die Frage, ob es sich dabei um eine Form von Korruption handelt.

Der weiterhin in allen Bundesländern für die öffentliche Bildung geltende Beutelsbacher Konsens sage u.a.:

a. Es besteht ein Überwältigungsverbot für Lehrkräfte, es darf nicht überrumpelt werden, Schüler/innen dürfen an der Gewinnung ihres selbstständigen Urteils nicht gehindert werden.
b. Es ist stets das Kontroversitätsgebot zu beachten, wenn es um strittige politische und gesellschaftliche Fragen geht.

Die Gewerkschaften und alle politisch Aktiven müssten zur Herstellung von Transparenz die folgenden politischen Forderungen stellen:

- Finanzierung offenlegen,
- als Sponsoring verdeckte Werbung umfassend verbieten,
- das Bildungssystem muss öffentlich, von der Gesellschaft finanziert und verbessert werden,
- es muss eine unabhängige Monitoringstelle eingerichtet werden.

Mit diesem Forderungskatalog beendete der Referent seinen Vortrag, an den sich eine lebhafte Diskussion der Teilnehmer der Kreisvorstands-Klausur anschloss.

Die interessierten Teilnehmer(innen) während des Vortrags.

Ein Kollege meinte, man müsse den Leitspruch der FDP umdrehen:

Bedenken first, Digitalisierung second.

Er plädierte für einen kritischen Umgang mit der anhaltenden Digitalisierung. Er unterrichtet im beruflichen Schulwesen inzwischen 70% rechnergestützt und findet seine Arbeit wirksam und effektiv.

Eine Kollegin sprach als Mutter über den pragmatischen und selbstverständlich zu ermöglichenden Umgang ihrer Kinder im Grundschulalter mit den verschiedenen digitalen Medien, ganz unabhängig davon, was sie später in ihrer Schul- und Berufslaufbahn damit anfangen werden.

Eine andere Kollegin wies an dieser Stelle auf den Hirnforscher Spitzer hin, der eine digitale Demenz als einen Entwicklungseffekt beobachtet habe, der sich sprunghaft entwickele, ohne dass es ein in der Gesellschaft verbreitetes Wissen oder Bewusstsein dafür gebe.

Speziell für die Grundschulen sieht eine Kollegin ein Problem für die Schülerförderung, wenn sie an die traditionellen Diagnose-, Förder- und Therapie-Instrumente denkt, den Übergang zum Pisa-Testen in der 3. Klasse und jetzt mit dem elektronisch basierten neuen Quop-Programm mit acht Tests in einem Schuljahr. Wie soll, fragt sie sich, eine gruppenspezifische und individualisierte Förderung im Jahresablauf da aussehen?

Der Vortrag wurde aufgelockert bzw. erweitert durch kleine audio-visuelle Beiträge aus dem Internet, die nach der Rezeption der Anwesenden als mediale Tipps weitergegeben werden können: Innerhalb einer heute-show-Sendung in der letzten Zeit gab es einen witzig-kritischen Beitrag zur Digitalisierung und Volker Pispers wartet in youtube mit kritischen Beiträgen zu Lehrern + Digitalisierung auf. **Jürgen Hahn-Schröder**

Die Diskussionsleiterinnen.

Lebhafte Diskussion im Anschluss an den Vortrag.

Schulpersonalräte informieren und vernetzen

Treffen der Schulpersonalräte aus Grund- und Förderschulen zu aktuellen schulpolitischen Themen

Joana Becker.

Im September 2017 wurde fortgesetzt, was man im Frühjahr 2017 begonnen hatte bzw. was im Grundschulbereich bereits Tradition hat: Auf Einladung der GEW trafen sich am 21.09.2017 die Personalräte der Grundschulen und am 26.09.2017 die der Förderschulen.

Bei den Grundschul-Personalräten wurde u. a. der Brandbrief an Herrn Prof. Dr. Lortz abschließend diskutiert. Im Mittelpunkt des Treffens stand dann die Vorbereitung der Aktion „A13 für alle“ am 13.11.2017. Für diesen Aktionstag wurden nicht nur Ideen gesammelt, sondern man probte auch gemeinsam den „A13-für alle“-Song.

Die Grundschulkolleginnen und –kollegen …

… beim Einüben des Songs „Drum auf!“

Thematischer Schwerpunkt bei den Personalräten der Förderschulen war die Einführung der inklusiven Schulbündnisse (iSB) in diesem Schuljahr. Die Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex, der derzeit mehr Fragen als Antworten bietet, bestätigte den Bedarf eines regelmäßigen Austausches.

Für das Frühjahr 2018 sind die nächsten Treffen vereinbart.

Hille Kopp-Ruthner

Neues zu den iSB – den sogenannten „inklusiven“ Schulbündnissen

Nachdem zum Jahresbeginn vom HKM ein Schreiben zur Umsetzung der iSB veröffentlicht worden war (Das inklusive Schulbündnis – Was steckt dahinter?, SchVw HE/RP 4/2017), gibt es mittlerweile weitere Erläuterungen vom Projektbüro Inklusion dazu (Die Grundlegung des iSB, SSA Marburg, Stand August 2017).

Beim Vergleich beider Papiere fällt ins Auge, dass man wohl gemerkt hat, dass für die Umsetzung der iSB in ursprünglich geplanter Form ein enorm hoher Verwaltungsaufwand erforderlich ist. Zu dessen Minderung sollen nun z.B. die verpflichtenden Konferenzen für jedes iSB nur noch einmal statt zweimal jährlich stattfinden. Bezogen auf die Planungen für den Landkreis Marburg-Biedenkopf bedeutet das statt acht nur noch vier Konferenzen. Hier sollen nämlich insgesamt vier iSB implementiert werden: Eines in der Stadt Marburg und drei im Landkreis.

Ursprünglich waren in Fortschreibung der BFZ-Bezirke acht iSB geplant, um in pädagogischer Hinsicht arbeitsfähige und gewachsene Einheiten zu erhalten, die auch einen informellen Austausch auf dem „kurzen Dienstweg“ ermöglichen. Dieser Vorteil fällt nun dem damit verbundenen erhöhten Verwaltungsaufwand zum Opfer mit der Folge, dass sich die Wege und Fahrzeiten für Schüler*innen und Lehrkräfte innerhalb eines iSB erheblich verlängern können. Auch die einem iSB zugeordneten Schulen sollen wohl ausgedünnt werden, z.B. soll wohl nicht jede Berufliche Schule in jedem iSB vertreten sein. Dies würde allerdings auch dazu führen, dass nicht mehr alle Bildungsgänge in jedem iSB vertreten sind. Namentlich für die Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf würde dies eine besondere Erschwernis bedeuten.

Da für jedes iSB nur ein regionales BFZ zuständig sein darf, werden die übrigen vier BFZ im Landkreis aufgelöst. Damit ist an diesen Standorten möglicherweise auch der Fortbe-stand der angeschlossenen Förderschulen gefährdet. Dies entspräche dem hessenweiten Trend des Abbaus von Förderschulen, verbunden mit dem Wegfall von Leitungsstellen. Der Finanzminister freut sich mit Sicherheit darüber.

Angesichts dieser Umstände stellt sich schon die Frage, was die iSB außer dem Namen mit Inklusion zu tun haben. Von den im Vergleich mit dem früheren Gemeinsamen Unter-richt erheblichen Verschlechterungen der Bedingungen bei der Beschulung von Schü-ler*innen mit besonderem Förderbedarf mag ich hier gar nicht reden.

Für die Schulen bedeuten die iSB viel verwaltungstechnischen Aufwand bei geringem Nutzen. Für die Förderschullehrkräfte, die sich nun zwischen Förderschule und BFZ ent-scheiden müssen, bedeuten sie einen Verlust an Vernetzung und teilweise die Aufgabe der eigentlich angestrebten und erlernten Profession, nämlich die des Unterrichtens. Die Lehrkräfte an den allgemeinen Schulen werden schnell merken, dass sie nun vermehrt sich selbst überlassen sind, da die Wege weiter und die Ressourcen für den eigentlichen inklusiven Unterricht deutlich geringer sind.

Am schlimmsten aber könnte es für die betroffenen Schüler*innen werden: Als jemand, der Jahrzehnte an einer Förderschule unterrichtet hat und dann auch viele Jahre sowohl im gemeinsamen Unterricht als auch als BFZ-Kraft tätig war, weiß ich, dass kaum ein Kind gerne zugibt, eine „Sonderschule“ – früher „Hilfsschule“ und jetzt „Förderschule“ genannt – zu besuchen. Wurde ein solcher Schüler von Dritten nach seiner Schule gefragt, nannte er oft geschickterweise nur den Schulort, womit die dort ebenfalls befindliche Regelschule assoziiert wurde. Da ich später an einer Gesamtschule mit Förderschulzweig unterrichtete, konnten die dortigen Schüler*innen auch den Namen der Schule nennen ohne sich zu schämen, denn sie besuchten damit die für ihren Wohnort zuständige Schule.

Mit den iSB werden viele Schüler*innen nun möglicherweise wieder an Schulen verfrachtet werden, in deren Einzugsgebiet sie gar nicht wohnen. Sie werden dann nicht zusammen mit ihren Freund*innen aus der Nachbarschaft zur Schule gehen, sondern teilweise viele Kilometer zu einer anderen Schule befördert werden. Abgesehen davon, dass dies der Grundidee von Inklusion widerspricht, bedeutet es wieder eine „besondere“ Form der Beschulung, die für viele mit Scham verbunden ist. **Hans Braun**

Fazit: Die Leitgedanken der Implementierung der iSB sind nicht pädagogischer Natur, sondern in wesentlichen Teilen Folge verwaltungstechnischen Effizienzdenkens. Schon gar nichts zu tun haben sie mit Inklusion als Ansatz, der auf der Wertschätzung der Vielfalt beruht. In einem inklusiven Bildungssystem lernen Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam. Homogene und damit separierende Lerngruppen werden nicht gebildet. Von der Kindertagesstätte über die Schulen und Hochschulen bis hin zu Einrichtungen der Weiterbildung wird niemand aufgrund einer Beeinträchtigung oder Behinderung von den zuständigen allgemeinen Bildungseinrichtungen ausgeschlossen. Vielmehr ist es die Aufgabe jeder pädagogischen Institution, durch Bereitstellen von speziellen Mitteln und Methoden einzelne Lernende aus ihrem Einzugsbereich besonders zu unterstützen und zu fördern. Nicht das Individuum muss sich also an ein bestimmtes System anpassen, sondern das System muss umgekehrt die Bedürfnisse aller Lernenden berücksichtigen und sich gegebenenfalls anpassen.

Brandbrief der Grundschulen an Herrn Lorz

Im letzten Schuljahr haben viele Grundschulpersonalräte beschlossen, Staatsminister Prof. Dr. Alexander Lorz persönlich einen Brief zu schreiben, um die derzeit untragbare Situation in den Grundschulen zu schildern und dringend erforderliche Maßnahmen zu ihrer Verbesserung einzufordern.

Mit dem Ziel, möglichst viele unterstützende Schulen für diesen Offenen Brief zu gewinnen, setzten wir den Fokus auf zentrale und für einen Großteil der Grundschulen repräsentative Problemfelder.

Grundschullehrkräfte haben mit mittlerweile 28,5 Stunden die höchste Unterrichtsverpflichtung aller Lehrkräfte in Hessen – bei der gleichzeitigen Einstufung in die niedrigste Besoldungsgruppe A12. Betrachtet man dabei die stetige Zunahme der Aufgaben, die an einer Grundschule anfallen, so scheint es kaum verwunderlich, dass der Lehrkräftemangel an Grundschulen derzeit eine der größten Sorgen des Staatsministers sein dürfte. Und so formulierten wir die Forderung nach Erhöhung der Attraktivität des Berufes einer Lehrkraft oder Schulleitung an einer Grundschule qua besserer Besoldung bei gleichzeitiger Pflichtstundenreduzierung.

Klare Forderungen hatten wir auch bei der Ausgestaltung der Intensivklassen:

„Es ist […] unumgänglich, dass wieder zum alten Stundenumfang von 20 Stunden für eine Intensivklasse in der Grundschule (VOGSV 19.8.2011) zurückgekehrt wird. Darüber hinaus fordern wir eine maximale Klassengröße von zwölf Kindern und die Möglichkeit zur Doppelbesetzung in mindestens der Hälfte der Stunden."

Natürlich war es uns auch ein Anliegen, die Arbeit mit traumatisierten Kindern anzusprechen und dafür

„professionelle Hilfe zur Aufarbeitung der Traumata und gegebenenfalls Unterstützung bei der Bewältigung des Schulalltags zu fordern. Dazu sollten unbefristete Stellen für Psychologinnen und Psychologen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter geschaffen werden, die auch die Kolleginnen und Kollegen in ihrem Alltag unterstützend beraten und vor Ort anwesend sind."

Nicht weniger wichtig war es uns, die Aufmerksamkeit auch auf die Problematik des Übergangs in die Regelklasse zu legen.

„Für die aufnehmenden Lehrkräfte bedeutet dies nicht nur, dass sie deutlich mehr Zeit in die Bildung einer guten Klassengemeinschaft investieren müssen. Aufgaben in einer Klasse gilt es außerdem so stark zu differenzieren, dass kaum noch von Binnendifferenzierung, sondern vielmehr von Individualdifferenzierung gesprochen werden muss. Vielfach muss zudem auch ein Dolmetscher organisiert werden, damit Elterngespräche geführt werden können. Diese Arbeit ist mit den wenigen zugewiesenen DAZ-Stunden nicht annähernd zu bewältigen. Wir halten es für unumgänglich, dass diese DAZ-Stunden deutlich erhöht werden und auch die aufnehmenden Bestandsklassen mehrere Stunden in der Woche doppeltbesetzt werden."

Und selbstverständlich musste in einem solchen Brief auch die Kluft zwischen unserer Vorstellung, wie Inklusion wirklich gelingen kann, und der derzeitigen Umsetzung in den Schulen dargelegt werden. Somit forderten wir,

„auf die steigenden Zahlen der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit entsprechend proportional steigenden Stellen von Förderschullehrkräften zu reagieren und den Klassenteiler wieder auf 20 zu setzen. Darüber hinaus fordern wir, sowohl ausreichend Entlastungsstunden zu geben, die für eine Kooperation aller Beteiligten notwendig sind, als auch genügend staatlich festangestellte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in den Schulen einzusetzen."

Der Brief hat Herrn Lorz Ende September erreicht. Wir sind gespannt auf seine Antwort! **Joana Becker**

Der GEW-Kreisverband Marburg-Biedenkopf wünscht allen Kolleginnen und Kollegen

Impressum + Redaktion:

Impressum

Herausgeber:
GEW-Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Schwanallee 27 - 31, 35037 Marburg
Tel.: 06421 - 21812, Fax: 164532
e-mail: gew.mr-bid@t-online.de
Layout:
Schumacher Informations-Design
Druck:
msi-media serve international GmbH,
Marburger Str. 92, 35043 Marburg
Auflage: 3500

Die Redakteurin dieser Ausgabe

Hille Kopp-Ruthner

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Briefe an die Redaktion:

gew.mr-bid@t-online.de